



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Ausgabe 09/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

die „Drei für Bochum“ melden sich mit diesem Newsletter aus der Sommerpause zurück. Am ersten Plenartag direkt nach der Sommerpause stand die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Armin Laschet auf der Tagesordnung. Schnell wurde jedoch deutlich, dass von den vollmundigen Versprechungen, die er und die CDU den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf gemacht hatten, nach einigen Wochen in Regierungsverantwortung nicht viel übrig geblieben ist. Nichts Erhellendes zur Sozialpolitik und beim Thema Wirtschaftspolitik wird schnell deutlich, dass die neue Landesregierung den alten Denkmustern von „Privat vor Staat“ folgt. Insgesamt war die Erklärung eine Enttäuschung. [Hier](#) findet Ihr Norbert Römers Rede als Antwort auf die Regierungserklärung in voller Länge zum Nachhören.

Wir möchten, dass die Stahlindustrie in Bochum und im gesamten Ruhrgebiet eine Chance hat. Die SPD-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung, dass sie sich gegen die mögliche Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und dem indischen Stahlkonzern Tata Steel stellt. Durch die Zusammenlegung beider Konzerne ist zu befürchten, dass vor allem in NRW und damit auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort Bochum ein Abbau der Produktionskapazitäten bevorsteht. Unsere Forderung an die Landesregierung ist eindeutig, ein klares Votum für den Erhalt des Stahlstandortes gegenüber Konzernleitung und der Bundesregierung, denn gute Industriearbeitsplätze müssen auch in NRW eine Zukunft haben. Wir möchten Euch auch schon jetzt auf die große Stahldemo aufmerksam machen, die am 22. September in Bochum stattfindet.

Auch der neue Windenergieerlass der Landesregierung lässt negative Auswirkungen auf Bochum und unsere Stadtwerke befürchten. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen wird es in diesem Geschäftsbereich enorme Einbrüche geben. Näheres hierzu findet Ihr weiter unten in dieser Ausgabe.

Gerne möchten wir Euch zudem noch einen kurzen Überblick über unsere „Bochumer-MdL-Tage“ geben, die uns neben universitären Einrichtungen auch Vereine, wie das Bochumer Bildungszentrum oder die Bochumer Zukunftsakademie näher gebracht haben. Nach all den Jahren, die wir inzwischen für Bochum aktiv sind, überrascht uns unsere Heimatstadt nach wie vor mit neuen und interessanten Institutionen, die wir vorher nicht kannten.

Viel Spaß beim Lesen!

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

Neues von Serdar, Carina und Karsten

Wahlkampfendspurt: Sigmar Gabriel kommt nach Bochum!

Wir laden für Montag, dem 18. September, ab 15:00 Uhr herzlich zur Veranstaltung mit Sigmar Gabriel auf der Kap-Bühne Bochum im Bermuda3Eck Bochum ein.

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird zu wenig in die Zukunft investiert. Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber der Wohlstand kommt längst nicht bei allen an. Mit einem einfachen „Weiter so“ lässt sich die Zukunft unseres Landes nicht gewinnen. Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zu Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit. Deutschland kann mehr. Deswegen werben wir dafür in Bochum Axel Schäfer und Michelle Müntefering zu wählen - und mit der Zweitstimme die SPD und Martin Schulz. Denn: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Darüber hinaus machen wir auch noch einmal auf den zentralen Wahlkampfabschluss in Bochum aufmerksam. Hierzu laden wir bereits heute für Samstag, den 23. September, um 12.00 Uhr, herzlich ein. Geplant sind wieder viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürger und ein buntes Musikprogramm. Für das „Leibliche Wohl“ (Bratwurst im Brötchen) ist auch gesorgt.

Wir freuen uns auf Euch und Eure Unterstützung!



Bochum – eine lebendige und quirlige Stadt



Die Sommerferienzeit ist vorbei, der Bundestagswahlkampf befindet sich auf der Schlusspurtstrecke, in Düsseldorf hat die parlamentarische Arbeit an Fahrt gewonnen – also der richtige Zeitpunkt, um einen Blick auf die letzten Wochen zu werfen. Und dieser Blick lohnt sich. Denn in unserer Stadt war richtig was los.

90 Jahre Diakonie in Bochum, Spatenstich für das DHL Paket- und Logistikzentrum auf Mark 51° 7, Einführung der neuen Caritasdirektorin Sabine Depew für das Bistum Essen, Freisprechungsfeier der Kreishandwerkerschaft Ruhr, Martin Schulz in Bochum, Eröffnung des

Warenverteilzentrums von Opel, Spatenstich für den Erweiterungsbau des Eisenbahnmuseums in Dahlhausen, Bochum Kulinarisch, Zeltfestival Ruhr, Stadtwerke Halbmarathon, Musiksommer 2017, Sportlerehrung des TV Wattenscheid 01 und, und, und.

Eine Liste von wirklich attraktiven Veranstaltungen und Ereignissen in unserer Heimatstadt, oder zumindest mit engem Bezug zu Bochum, die sich noch viel länger fortsetzen ließe. Vor allem macht diese Aufzählung aber eins deutlich, Bochum ist keine „graue Maus“.



Bochum ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Eine Stadt mit Stadtteilen, in denen Familien gut leben können. Bochum ist eine Stadt mit großem Potenzial, ein attraktiver und innovativer Standort mit Entwicklungspotenzial.

Und: in Bochum ist ordentlich was los. Menschen treffen sich, Menschen reden miteinander, Menschen feiern miteinander. Menschen bewegen etwas. Und die SPD-Landtagsabgeordneten Carina Gödecke, Karsten Rudolph und Serdar Yüksel waren (fast) immer dabei. Meist zu Zweit, oft sogar zu Dritt. Getreu ihrem Motto „Drei für Bochum“ sind sie mitten drin und immer ansprechbar.

Bochumer Abgeordnete beim Spatenstich auf Mark 51° 7 für DHL



Das wohl wichtigste Ereignis in den letzten Wochen, mitten in den Sommerferien und im Wahlkreis von Carina Gödecke, war der Spatenstich auf Mark 51°7. Die Logistiktochter der Post, DHL, errichtet dort ein Paket- und Verteilzentrum modernster Art. Diese Entwicklung auf der ehemaligen Opelfläche in Bochum-Laer ist nicht nur städtebaulich und arbeitsmarktpolitisch, sondern auch perspektivisch ein überaus wichtiges Signal. Fünf Fußballfelder groß wird das Paketzentrum, das rund 600

neue versicherungspflichtige und tarifgebundene Arbeitsplätze bringen soll. Und der besondere Clou: ab Herbst 2019, dann soll das Zentrum seine Arbeit aufnehmen, wird in Bochum und darüber hinaus ausschließlich mit E-Fahrzeugen ausgeliefert und weiterverteilt. Die Streetscooter, mittlerweile eine „Eigenmarke“ von DHL, werden damit die komplette Umweltzone Bochum CO2-frei abdecken.

Die erkennbare Aufbruch- und Neuansiedlungsstimmung auf dem früheren Opelgelände zeigt, Bochum ist ein interessanter und spannender Standort für innovative Ansiedlungen. Natürlich hat das Land kräftig mitgeholfen. Nicht nur mit Geld, immerhin sind 66 Millionen Euro zur Baureifmachung und Aufbereitung des Grundstücks nach Bochum geflossen, sondern auch mit einem deutlichen Bekenntnis zu unserer Stadt und diesem Standort. Dass das auch zukünftig so bleibt, dafür setzen sich die drei Bochumer Landtagsabgeordneten ein. Carina Gödecke und Karsten Rudolph waren ebenso wie der Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer dabei, als die ersten Spaten in die Erde gestoßen wurden.

Aktuelle Kontaktdaten von Serdar, Carina und Karsten

Wie im letzten Newsletter angekündigt, reichen wir euch die Kontaktdaten von Karstens neuem Wahlkreisbüro nach. Der Vollständigkeit halber hier unsere Kontaktdaten und Ansprechmöglichkeiten im Überblick:

Bürgerbüro Serdar Yüksel
Nikolaistr. 2
44866 Bochum
Tel.: 02327 9913945
[Serdars Homepage](#)
[Serdar auf Facebook](#)

Wahlkreisbüro Carina Gödecke
Alte Hattinger Str. 19
44789 Bochum
Tel.: 0234 9230756
[Carinas Homepage](#)
[Carina auf Facebook](#)

Wahlkreisbüro Karsten Rudolph
Alte Hattinger Str. 19
44789 Bochum
Tel. 0234 79432662
[Karstens Homepage](#)
[Karsten auf Facebook](#)

Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata stoppen



Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung, sich gegen die Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und dem indischen Stahlkonzern Tata Steel zu stellen.

Die Zusammenlegung beider Konzerne würde langfristige Folgen für die Stahlindustrie und die 22 000 Beschäftigten bei ThyssenKrupp Steel in NRW haben. Es ist zu befürchten, dass

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Großteil der Fusionslasten tragen und NRW als bisheriges starkes Stahl Land ein Abbau an Produktionskapazitäten bevorsteht. Die SPD-Fraktion setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer modernen Stahlindustrie in NRW ein, die Arbeitsplätze sichert, gute Arbeit schafft und nicht abbaut und hochwertige Werkstoffe für unsere Wirtschaft produziert. Diese Ziele müssen von der neuen Landesregierung in ihrer Wirtschaftspolitik verankert werden.

Angesichts der Bedeutung der Stahlindustrie für die Zukunftsfähigkeit der NRW-Wirtschaft und der vielen guten Industriearbeitsplätze formuliert die SPD-Fraktion deutliche Forderungen gegenüber der Landesregierung: Sie muss sich gegenüber der Konzernleitung und der Bundesregierung mit klarem Votum für den Erhalt des Stahlstandorts und den damit verbundenen guten Arbeitsplätzen einsetzen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich für alternative Lösungen und Konzepte für die Zukunft der Stahlindustrie einzusetzen und hierfür unverzüglich einen „Stahlgipfel“ unter Beteiligung von ThyssenKrupp, den Gewerkschaften und den Betriebsräten einzuberufen. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) müssen endlich handeln!

Windenergieprojekte der Stadtwerke Bochum nicht einbrechen lassen!

Den von der Landesregierung eingebrachten Antrag zum Windenergieerlass lehnt die SPD-Fraktion entschieden ab. Denn damit werden der Innovationsstandort NRW im Bereich der Erneuerbaren Energien und die damit verbundenen guten Arbeitsplätze langfristig beerdigt.

Der Windenergieerlass sieht einen Mindestabstand für neue Windenergieanlagen zur Wohnbebauung von 1500 Metern vor. Die Folgen des Erlass sind auf Jahre unumkehrbar.

Konsequenz ist, dass Arbeitsplätze in diesem für NRW so wichtigen Wirtschaftsbereich drastisch abbaut und damit den Menschen und dem Innovationsstandort NRW geschadet wird. Mit ihrem Erlass ignoriert die Landesregierung die Interessen der hiesigen Wirtschaft, wie aktuell der Aufschrei von 61 Unternehmen und 16 kommunalen Versorger zeigen. Sie kritisieren offen die Landesregierung für ihre innovations- und investitionsfeindliche Politik im Bereich der Windkraft.

Die SPD Fraktion ist für den Ausbau der Erneuerbaren Energie mit Windkraft in NRW und unterstützt die Unternehmen und Stadtwerke in ihrer Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung. Sie fordert



daher den Wirtschaftsminister auf, die geordneten Bahnen beim Windenergieausbau nicht zu verlassen. Anstelle des Windenergieerlasses fordert die SPD-Fraktion von der Landesregierung ein umfassendes Konzept zu Wirtschaftschancen der Energiewende in NRW vorzulegen, um die Zukunftsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von NRW zu sichern.

Auch der neue Windenergieerlass der Landesregierung lässt negative Auswirkungen auf Bochum und unsere Stadtwerke befürchten, die in den letzten Jahren in eine Vielzahl von Windprojekten als neues Geschäftsfeld investiert haben. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen wird es in diesem Geschäftsbereich enorme Einbrüche geben, die Ausschüttung an die Kommunen, die zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt beitragen, sind strukturell gefährdet. Gleiches gilt für die 18500 Arbeitsplätze und die mehr als 400 Unternehmen in NRW, denen durch ausbleibende Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro allein in 2016 die Planungsgrundlage entzogen würde.

Umsetzung der Ehe für Alle sicherstellen!

Der 30. Juni 2017 war aus familien- und gleichstellungspolitischer Sicht ein Tag von historischer Bedeutung. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare erhält den rechtlichen Status, den sie schon längst verdient hat und wird somit Realität in Deutschland. Das ist ein großer Erfolg jahrelanger SPD-Arbeit auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.



Das Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare tritt im kommenden Oktober in Kraft. Vor dem Hintergrund der Zerrissenheit innerhalb der Landesregierung fordert die SPD-Fraktion eine klare Positionierung der neuen Regierung, sowie eine Unterstützung der Kommunen, damit die Umsetzung vor Ort reibungslos erfolgen kann. Da darf weder ein Softwareproblem als Ausrede für das Aufschieben der Umsetzung herhalten, noch dürfen für die Umwandlungen eingetragener Lebenspartnerschaften unnötige Gebühren erhoben werden. Die gesellschaftliche Aufgeschlossenheit und Akzeptanz alternativer Familienformen ist in der Bevölkerung schon längst vorhanden. Jetzt muss auch ein gemeinsames Bekenntnis der Landesregierung folgen. Nur so kann die Umsetzung der Ehe für alle gelingen.

Steuer-Kurs von Norbert Walter Borjans beibehalten



Weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus hat sich der ehemalige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans einen Namen im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuermisbrauch gemacht. Galten Steuervergehen bis vor wenigen Jahren noch als Kavaliersdelikt, ist man heute über die Parteigrenzen hinweg einig, dass solche Praktiken dem Gemeinwohl schaden. Deshalb hat die SPD-Fraktion mit Wohlwollen die Äußerungen des neuen Finanzministers vernommen, welcher auch in Zukunft Steuer CDs ankaufen will, um Steuer-Betrügern das Handwerk zu legen.

Die SPD-Fraktion will Schwarz-Gelb mit dem Antrag dazu auffordern, sich klar zum Kampf gegen Steuerhinterziehung zu bekennen. Sie will die neue Landesregierung dabei unterstützen, wenn sie die finanziellen und personellen Ressourcen verstärken. Untrennbar mit dieser Arbeit ist das Finanzamt für Steuerstrafsachen in Wuppertal verbunden. Von hier aus wurden die Geschäfte von Banken rund um Cum-Ex und Cum-Cum aufgedeckt und verfolgt. Diese dort bewährten Strukturen gilt es zu stärken und zu erhalten.

Bund muss Sicherheit an Bahnhöfen gewährleisten – auch in Bochum!



Bahnhöfe sind insbesondere in Großstädten oftmals Schwerpunkte für Kriminalität. Eine starke Präsenz der Bundespolizei ist dort zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zur Verhinderung der Entstehung von „Angsträumen“ unabdingbar. Dies gilt in erhöhtem Maße in Zeiten verstärkter terroristischer Bedrohungen. In jüngster Zeit gab es verstärkt Hinweise auf eine eklatante Unterbesetzung der Dienststellen der Bundespolizei an zahlreichen Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen.

Demnach sind von eigentlich landesweit 3000 planmäßig vorgesehenen Bundespolizisten lediglich 2300 tatsächlich im Einsatz. Laut WAZ Bochum kann die Polizeiwache am Bochumer Hauptbahnhof etwa 40% der Zeit nicht besetzt werden. Beklagt werden in diesem Zusammenhang ein hoher Krankenstand sowie die enorme Arbeitsbelastung aufgrund von Personalknappheit. Als ursächlich für die personelle Misere bei der Bundespolizei werden dabei insbesondere Einsparungen der Bundesregierung in den Jahren 2010 und 2011 angesehen, in deren Folge Stellen gestrichen und nicht neu besetzt wurden. Aufgrund der geschilderten Situation ist zu befürchten, dass derzeit die Sicherheit an Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Die Bundesregierung und speziell der Bundesminister des Innern stehen in der Verantwortung, für eine ausreichende Personaldecke bei der Bundespolizei zu sorgen und damit die Sicherheit an den Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung deshalb auf, umgehend auf den Bundesminister des Innern einzuwirken, die Personalengpässe bei der Bundespolizei abzustellen.

Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen!

Teilzeitarbeit bietet Beschäftigten die Möglichkeit, Erwerbsarbeit, Familie und andere Alltagsaktivitäten miteinander in Einklang zu bringen. Sie kann außerdem dazu beitragen, dem Bedürfnis nach mehr Flexibilität sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Arbeitgebern Rechnung zu tragen. Fakt ist aber, dass einer Teilzeitbeschäftigung vorrangig



Frauen nachgehen, denn beinahe 80 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Problematisch ist, dass viele Frauen in der so genannten „Teilzeitfalle“ stecken bleiben. Sie haben häufig keine Chancen – etwa nach einer familiären Auszeit – wieder auf einen Vollzeitjob zurückzukehren.

Die Folgen für die Frauen können gravierend sein, denn durch die Teilzeittätigkeit sind ihre Karriere- und Aufstiegschancen oft eingeschränkt. Durch die häufig schlechtere Entlohnung droht zudem das Risiko von Altersarmut. Studien belegen, dass unbefristete Teilzeitbeschäftigte gerne mehr arbeiten würden, aber in der Praxis ihre Arbeitszeit nicht erhöhen können oder keinen Vollzeitjob finden.

Durch eine gesetzliche Regelung wollte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein verbindliches Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- zu Vollzeitbeschäftigung verankern. Die Verhandlungen sind jedoch am Widerstand von CDU/CSU und Arbeitgebern gescheitert. Für die SPD-Fraktion ist klar, dass es zwingend einer gesetzlichen Lösung des Problems im Sinne der Betroffenen bedarf. Deswegen fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, sich konsequent auf Bundesebene für die Schaffung eines gesetzlichen Rückkehrrechts einzusetzen.

Weitere Informationen



Serdar Yüksel



Carina Gödecke



Karsten Rudolph

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502